

# Inhaltsübersicht

<b>Einleitung .....</b>	<b>29</b>
-------------------------	-----------

## *Erster Teil*

<b>Terminologische Grundlagen und verfassungsrechtlicher Rahmen</b>	<b>32</b>
§ 1 Die gängige Terminologie .....	32
§ 2 Die grundrechtliche Relevanz behördlicher Informationen .....	37
§ 3 Staatliche Informationstätigkeit als Eingriff in den Schutzbereich der Informationsbetroffenen .....	99

## *Zweiter Teil*

<b>Die einfachgesetzlichen Regelungen behördlicher Informationstätigkeit</b>	<b>115</b>
§ 4 Die Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage .....	115
§ 5 Regelungen behördlicher Informationstätigkeit auf der Ebene des einfachen Gesetzes .....	119

## *Dritter Teil*

<b>Die staatliche Haftungsverantwortung</b>	<b>166</b>
§ 6 EHEC und Biomüsli oder: Die Staatshaftungsrelevanz behördlicher Informationstätigkeit .....	166
§ 7 Der Amtshaftungsanspruch .....	168
§ 8 Weitere Institute des deutschen Staatshaftungsrechts .....	274

## *Vierter Teil*

<b>Die unionsrechtliche Haftungsdimension</b>	<b>292</b>
§ 9 Die Haftung Deutschlands bei Verstößen gegen Unionsrecht .....	292
§ 10 Die Haftung der Europäischen Union .....	310

<b>Schluss</b>	321
§ 11 Schlussbetrachtung .....	321
§ 12 Zusammenfassende Thesen .....	328
<b>Literatur</b> .....	335
<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	371

# Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	29
------------------	----

## *Erster Teil*

<b>Terminologische Grundlagen und verfassungsrechtlicher Rahmen</b>	32
<b>§ 1 Die gängige Terminologie</b> .....	32
A. Der Informationsbegriff .....	32
B. Aktive und antragsgebundene Informationstätigkeit .....	33
C. Die aktive behördliche Informationstätigkeit – Terminologie, Systematisierung und Rechtsnatur .....	33
D. Die antragsgebundene behördliche Informationstätigkeit .....	36
<b>§ 2 Die grundrechtliche Relevanz behördlicher Informationen</b> .....	37
A. Die Bestimmung der betroffenen Grundrechtspositionen als Ausgangspunkt der Untersuchung .....	37
B. Abgrenzung der Anwendungsbereiche von GG und GRCh .....	39
I. Der Begriff „Durchführung des Rechts der Union“ .....	39
II. Konsequenzen für die behördliche Informationstätigkeit .....	42
C. Die Grundrechte des Grundgesetzes .....	43
I. Die Verfassungspositionen auf Seiten der Informationsadressaten ..	43
1. Die Schutzpflicht für Leben und Gesundheit, Art. 2 Abs. 2 S. 1 GG .....	43
a) Herleitung, Bedeutung und Inhalt der Schutzpflichten .....	43
b) Konsequenzen für das behördliche Informationshandeln ....	45
2. Verbraucherschutz und Verbraucherleitbild .....	47
a) Kein Verfassungsrang des nicht-gesundheitsbezogenen Verbraucherschutzes .....	47
b) Das maßgebende Verbraucherleitbild .....	49
aa) Bedeutung .....	49
bb) Normatives Fundament und Inhalt .....	49
3. Das Staatsziel Umweltschutz, Art. 20a GG .....	52
4. Die Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 S. 1 2. Hs. GG .....	53
a) Die Kontroverse über den Gewährleistungsgehalt .....	53
b) Grundrechtliche Leistungsansprüche als Ausnahmefall .....	54
c) Die Informationsfreiheit und Art. 20 Abs. 1 GG .....	56

d) Der Grundsatz der Verwaltungstransparenz .....	57
e) Keine zwingenden Wertungen für den Informationszugang ..	58
f) Der Einfluss des Gesetzgebers auf Art. 5 Abs. 1 S. 1 2. Hs. GG .....	59
aa) Die allgemeine Zugänglichkeit einer Informationsquelle .....	59
bb) Die Bedeutung der einfachgesetzlichen Zugangsansprüche .....	61
cc) Der Einfluss auf das Informationshandeln der Exekutive .....	62
II. Die Grundrechtspositionen betroffener Unternehmer .....	63
1. Die Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG .....	63
a) Der persönliche und sachliche Schutzbereich im Allgemeinen .....	63
b) Die Wettbewerbsfreiheit .....	64
aa) Bedeutung und grundrechtliche Zuordnung .....	64
bb) Grenzen des Schutzes .....	66
c) Der Ruf des Unternehmens .....	68
d) Das Recht auf unternehmerische Selbstdarstellung .....	69
e) Begrenzung des Schutzbereichs auf „erlaubte“ Tätigkeiten? ..	70
f) Begrenzung des Schutzbereichs durch den <i>Glykol</i> -Beschluss? ..	72
2. Der Schutz des Eigentums, Art. 14 GG .....	74
a) Der Schutzbereich im Allgemeinen und das Verhältnis zu Art. 12 GG .....	74
b) Das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb .....	75
c) Kundenstamm und Geschäftsbeziehungen .....	78
d) Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse .....	79
aa) Begriff und Bedeutung .....	79
bb) Grundrechtliche Zuordnung und Bedeutung für die Exekutive .....	81
e) Das hergestellte Produkt .....	82
3. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung .....	83
a) Bedeutung und Schutzbereich .....	83
b) Anwendbarkeit im Rahmen behördlichen Informationshandelns .....	85
D. Die Grundrechte der GRCh .....	87
I. Die Grundrechte auf Seiten der Informationsadressaten .....	87
1. Art. 2 Abs. 1 und 3 Abs. 1 GRCh .....	87
2. Umwelt- und Verbraucherschutz, Art. 37 und 38 GRCh .....	88
a) Die Bedeutung als Auslegungsmaßstab .....	88
b) Die fehlende Grundrechtsqualität .....	89

3. Die GRCh als Basis eines Informationszugangsanspruchs? ....	91
a) Die Bedeutung des Art. 11 Abs. 1 GRCh .....	91
b) Der Zugang zu <i>Unionsdokumenten</i> , Art. 42 GRCh, Art. 15 AEUV .....	92
II. Die Grundrechte betroffener Unternehmer .....	93
1. Der Schutz der unternehmerischen Freiheit, Art. 16 GRCh .....	93
2. Der Eigentumsschutz, Art. 17 GRCh .....	95
3. Der Schutz personenbezogener Daten, Art. 8 Abs. 1 GRCh ....	97
E. Zusammenfassung .....	98
<b>§ 3 Staatliche Informationstätigkeit als Eingriff in den Schutzbereich der Informationsbetroffenen .....</b>	<b>99</b>
A. Voraussetzungen und staatshaftungsrechtliche Bedeutung .....	99
B. Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte als Ausgangspunkt .....	100
C. Aufnahme der Kriterien in der Literatur und Bewertung .....	104
I. Inanspruchnahme staatlicher Autorität .....	104
II. Finalität .....	104
III. Vorhersehbarkeit und Inkaufnahme der Beeinträchtigung .....	105
IV. Intensität .....	106
D. Die Rechtsprechung des BVerfG .....	107
I. Der <i>Glykol</i> -Beschluss .....	107
II. Der <i>Osho</i> -Beschluss .....	108
E. Bewertung der Eingriffsbestimmung durch das BVerfG .....	109
I. Die Vermengung von Eingriff und Rechtfertigung .....	109
II. Richtigkeit und Sachlichkeit der Information .....	110
III. Weitere Kritik .....	111
F. Konsequenzen für den Eingriffscharakter staatlicher Informationen ....	112
G. Äquivalente Beurteilung bei Eingriffen in Unionsgrundrechte .....	113
H. Zusammenfassung .....	114

## *Zweiter Teil*

<b>Die einfachgesetzlichen Regelungen behördlicher Informationstätigkeit</b>	<b>115</b>
<b>§ 4 Die Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage .....</b>	<b>115</b>
A. Die Bedeutung des Gesetzesvorbehalts .....	115
B. Die Aufgabe zur Staatsleitung als ausreichende Ermächtigung? .....	116
I. Die Argumentation des BVerfG in den Beschlüssen <i>Glykol</i> und <i>Osho</i> .....	116
II. Die Unzulässigkeit des Schlusses von der Aufgabe auf die Befugnis .....	116
III. Keine Unmöglichkeit einfachgesetzlicher Normierung .....	117

C. Die eingeschränkte Bedeutung der Diskussion .....	118
<b>§ 5 Regelungen behördlicher Informationstätigkeit auf der Ebene des einfachen Gesetzes .....</b>	<b>119</b>
A. Die wichtigsten Ermächtigungsgrundlagen .....	119
B. Die Information nach dem UIG .....	119
I. Zielrichtung und Anwendungsbereich des UIG .....	119
II. Die Informationsgewährung auf Antrag gem. § 3 Abs. 1 UIG .....	121
1. Voraussetzungen des Anspruchs .....	121
2. Ausschluss- und Beschränkungsgründe .....	122
III. Die aktive Informationstätigkeit gem. § 10 Abs. 1 und 5 UIG .....	123
1. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtsgrundlagen .....	123
2. § 10 Abs. 1 und 5 UIG als Grundlage für wertende Informationen? .....	124
a) Keine Verhaltensempfehlungen bei § 10 Abs. 1 UIG .....	124
b) Abweichende Beurteilung bei § 10 Abs. 5 UIG .....	126
C. Die behördliche Informationstätigkeit im Lebensmittelrecht .....	127
I. Die Rechtsgrundlagen: LFGB und Basis-VO Nr. 178/2002 (EG) ...	127
II. Die aktive Informationstätigkeit nach § 40 LFGB .....	128
1. § 40 Abs. 1 S. 1, 2 Nr. 1 LFGB – Information zum Gesundheitsschutz .....	128
a) Tatbestandsvoraussetzungen .....	128
b) Rechtsfolge .....	129
2. § 40 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 ff. LFGB – Schlichte Verbraucherinformation .....	130
3. Die Pflicht zur Information nach § 40 Abs. 1a LFGB .....	131
a) Gegenstand und Ziel der Novellierung .....	131
b) Die Verfassungskonformität von § 40 Abs. 1a LFGB .....	132
aa) Das Streben nach erneuter Novellierung in Rechtsprechung und Politik .....	132
bb) Das Fehlen von Vorgaben zur Dauer der Veröffentlichung .....	133
cc) Die Verhältnismäßigkeit der Regelung .....	134
dd) Unschuldsvermutung und Informationsflut .....	136
c) Unionsrechtskonformität der Regelung .....	136
aa) Die Problemstellung – das Verhältnis zu Art. 10 Basis-VO .....	136
bb) Wortlaut und Systematik .....	137
cc) Das Verhältnis zu Art. 7 KontrollVO (VO (EG) Nr. 882/2004) .....	139
dd) Keine Kollision mit der Zielrichtung der Basis-VO .....	140
ee) Kein Verstoß gegen Art. 34 AEUV .....	141

III. § 40 Abs. 1 LFGB als Basis für <a href="http://www.lebensmittelwarnung.de">www.lebensmittelwarnung.de</a> ....	141
D. Die Information nach dem VIG .....	142
I. Der Regelungsgegenstand des Gesetzes .....	142
II. Die Informationsgewährung auf Antrag gem. § 2 Abs. 1 VIG .....	143
1. Voraussetzungen des Anspruchs .....	143
2. Ausschluss- und Beschränkungsgründe .....	144
III. Die aktive Verbraucherinformation nach § 6 Abs. 1 S. 3 VIG .....	145
1. (Gescheiterte) Versuche von Gastronomiebewertungen .....	145
2. Gastronomiebewertungen und der Vorbehalt des Gesetzes .....	147
a) Die Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage .....	147
b) § 6 Abs. 1 S. 3 VIG als ausreichende Ermächtigungsgrundlage? .....	148
aa) Wortlaut, Systematik und Gesetzesbegründung .....	148
bb) Das Verhältnis zu § 40 LFGB .....	149
(1) Spezialität des § 40 Abs. 1a LFGB .....	149
(2) Identische Zielrichtung von VIG und § 40 Abs. 1a LFGB .....	150
c) § 40 LFGB als Ermächtigungsgrundlage? .....	151
3. Weitere rechtliche und praktische Probleme .....	152
E. Information nach dem ProdSG .....	153
I. Allgemeiner Regelungsgegenstand und Zweck des ProdSG .....	153
II. Die Produktwarnung, §§ 26 Abs. 2 S. 2 Nr. 9, 31 Abs. 1 ProdSG ..	154
III. Die allgemeine Informationstätigkeit, § 31 Abs. 2 ProdSG .....	156
F. Information nach dem IFG .....	157
I. Zweck des IFG und seine Rolle im internationalen Vergleich .....	157
II. Die Informationstätigkeit auf Antrag gem. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG ....	159
1. Voraussetzungen des Anspruchs .....	159
2. Ausschluss- und Beschränkungsgründe .....	160
III. § 11 Abs. 3 IFG als Grundlage für aktive Informationstätigkeit? ..	161
G. Übersicht weiterer Informationsbefugnisse .....	162
H. Zusammenfassung .....	163

### *Dritter Teil*

#### **Die staatliche Haftungsverantwortung 166**

<b>§ 6 EHEC und Biomüsli oder: Die Staatshaftungsrelevanz behördlicher Informationstätigkeit .....</b>	<b>166</b>
<b>§ 7 Der Amtshaftungsanspruch .....</b>	<b>168</b>
A. Die Anspruchsgrundlage .....	168
B. Handeln in Ausübung eines öffentlichen Amtes .....	169

I.	Das Erfordernis eines öffentlich-rechtlichen Handelns .....	169
II.	Die Rechtsnatur staatlichen Informationshandelns .....	170
III.	Die Beurteilung der Beispielsfälle .....	171
IV.	Das Internetportal <a href="http://www.lebensmittelklarheit.de">www.lebensmittelklarheit.de</a> .....	171
	1. Die Problematik .....	171
	2. Aufbau und Funktionsweise des Portals .....	172
	3. Beispiele aus dem Produktteil .....	173
	4. Die Rechtsnatur des Portalbetriebs .....	174
	a) Der Betrieb des Portals als Handeln eines Beliehenen? .....	174
	aa) Die finanzielle Förderung als möglicher Anknüpfungspunkt .....	174
	bb) Keine hinreichenden Aufsichtsbefugnisse durch das BMEL .....	174
	cc) Keine Ausübung von Hoheitsgewalt .....	175
	dd) Keine Wahrnehmung staatlicher Aufgaben .....	177
	b) Betrieb des Portals als Verwaltungshelfer? .....	178
	c) Portalbetrieb als hoheitliches Handeln eines privaten Unternehmers? .....	178
	5. Zulässigkeit der Förderung des Portals durch das BMEL .....	179
	a) Die Problematik .....	179
	b) Die finanzielle Förderung als Grundrechtseingriff .....	181
	c) Die Notwendigkeit einer Ermächtigungsgrundlage .....	182
	6. Fazit: Die amtschaftsrechtliche Relevanz von <a href="http://www.lebensmittelklarheit.de">www.lebensmittelklarheit.de</a> .....	183
C.	Verletzung einer Amtspflicht .....	184
I.	Die Notwendigkeit der Herausbildung spezifischer Amtspflichten ..	184
II.	Unterlassen eines Informationshandelns als Amtspflichtverletzung ..	185
III.	Die inhaltliche Richtigkeit der Information .....	186
	1. Die grundsätzliche Pflicht zur Gewährleistung der Richtigkeit ..	186
	2. Die antragsgebundene Informationstätigkeit .....	187
	a) Die Ausgangssituation .....	187
	b) Die Anforderungen im Rahmen von VIG und IFG .....	188
	aa) Keine Pflicht zur Überprüfung der inhaltlichen Richtigkeit .....	188
	bb) Die Verpflichtung zum Hinweis auf bekannte Zweifel ...	189
	c) Höhere Anforderungen durch das UIG? .....	190
	3. Die aktive Informationstätigkeit .....	191
	a) Die grundlegend andere Ausgangssituation .....	191
	b) Die Anforderungen an die Richtigkeitsgewähr .....	192
	aa) Das Bestehen einer Prüfpflicht .....	192
	bb) Die Aktualität als Voraussetzung der Richtigkeit .....	193



cc) Die Anforderungen an die Sachverhaltsermittlung .....	193
dd) Konsequenzen bei Unmöglichkeit einer abschließenden Beurteilung .....	194
ee) Die Maßgeblichkeit der ex ante-Perspektive .....	195
ff) Abweichende Anforderungen bei Anwendung des UIG?	196
4. § 6 Abs. 3 S.1 VIG als (zulässiger) Ausschluss der Amtshaft- tung? .....	197
a) Die Problemstellung .....	197
b) Die grundsätzliche Möglichkeit von Haftungsbeschränkun- gen .....	197
c) Die Unzulässigkeit der Reichweite des § 6 Abs. 3 S.1 VIG ..	198
d) Die Möglichkeit der verfassungskonformen Auslegung .....	199
IV. Vollständigkeit, Verständlichkeit und Sachlichkeit .....	200
1. Vollständigkeit .....	200
2. Verständlichkeit .....	201
a) Anforderungen an die antragsgebundene Informationstätig- keit .....	201
b) Anforderungen an die aktive Informationstätigkeit .....	202
3. Sachlichkeit .....	203
V. Die Amtspflicht zur Beachtung der Ausschlussgründe .....	204
VI. Ermessensfehlerfreiheit und Verhältnismäßigkeit .....	205
1. Konsequenzen für die Ausübung des Entschließungsermessens ..	205
a) Der Beurteilungsmaßstab .....	205
b) Geeignetheit zur Erreichung eines legitimen Ziels .....	206
c) Erforderlichkeit .....	207
aa) Der Vorrang herstellereigener Informationen .....	207
bb) Die besondere Intensität von Informationen .....	208
cc) Die geringere Eignung anderer Maßnahmen .....	210
dd) Die Information als weniger wirksame Maßnahme .....	211
d) Angemessenheit .....	212
aa) Der Maßstab im Allgemeinen .....	212
bb) Die nachträgliche Veröffentlichung von Verstößen .....	212
2. Konsequenzen für die Ausübung des Auswahlermessens .....	214
a) Intensität und Formulierung der Information .....	214
b) Die besondere Rolle des Internets .....	214
aa) Intensivere Belastungen durch Veröffentlichungen im In- ternet .....	214
bb) Die Ungeeignetheit des Internets im Einzelfall .....	216
c) Die Wahl des Informationsmittels bei der Herausgabe auf Antrag .....	216
VII. Amtspflichten im Rahmen des Verwaltungsverfahrens .....	217

1. Die Wahrung der Zuständigkeitsordnung .....	217
2. Die Durchführung einer Anhörung .....	218
VIII. Bewertung der Beispielsfälle .....	219
1. Die Warnung vor EHEC .....	219
a) Die (nicht vorhandene) Ermächtigungsgrundlage .....	219
b) Sachverhaltsermittlung, Verhältnismäßigkeit und Anhörung ..	221
2. Die Information über Biomüsli .....	223
D. Drittbezogenheit der Amtspflicht .....	225
I. Die Unverzichtbarkeit klarer Kriterien .....	225
II. Die Informationstätigkeit auf Antrag .....	227
1. Drittschutz gegenüber dem Antragsteller .....	227
a) Die Schutzrichtung der Informationszugangsgesetze .....	227
b) Die Bedeutung der Grundrechte für die Drittbezogenheit ....	227
aa) Die Notwendigkeit einer grundrechtsorientierten Ausle-	
gung .....	227
bb) Die Konsequenzen für den Drittschutz geschädigter An-	
tragsteller .....	228
cc) Keine Expansion staatlicher Haftungsverantwortung ....	230
2. Drittschutz gegenüber betroffenen Unternehmen .....	231
a) Die Anforderungen an die inhaltliche Richtigkeit .....	231
aa) Der Schutzzweck der Amtspflicht .....	231
bb) Die grundrechtliche Determinierung und weitere Aspekte	232
b) Die Beurteilung der weiteren Amtspflichten .....	233
III. Die aktive Informationstätigkeit .....	234
1. Drittschutz gegenüber betroffenen Unternehmen .....	234
a) Die Drittbezogenheit als Regelfall .....	234
b) Drittbezogenheit der Amtspflicht zur Verständlichkeit? ....	235
2. Drittschutz gegenüber den Adressaten der Information .....	236
a) Die fehlende Individualisierbarkeit der Adressaten .....	236
b) Der Einfluss der Grundrechte auf die Drittbezogenheit .....	237
c) Die Abhängigkeit des Drittschutzes von der verletzten Amts-	
pflicht und dem betroffenen Rechtsgut .....	239
d) Keine Grundrechtsrelevanz „schlichter“ Verbraucherinform-	
ation .....	240
IV. Die Beurteilung der Beispielsfälle .....	241
1. Die Warnung vor EHEC .....	241
2. Die Information über Biomüsli .....	241
V. Fazit .....	242
E. Kausaler Schaden .....	242
I. Die Kausalitätsanforderungen im Allgemeinen .....	242
II. Die aktive Informationstätigkeit .....	243

1. Betroffene Unternehmer als Kläger .....	243
a) Die Kausalität bei erstmaliger Verbreitung durch den Staat ..	243
b) Die Kausalität bei vorheriger Berichterstattung der Medien ..	244
c) Die konkrete Höhe des Schadens .....	246
aa) Die Möglichkeit des Anscheinsbeweises .....	246
bb) Die Anwendung von § 287 ZPO .....	248
2. Geschädigte Adressaten als Kläger .....	248
a) Die schwierige Beweislage .....	248
b) Anwendung der Beweiserleichterungen .....	249
c) Differenzierungskriterien für die Anwendbarkeit .....	250
III. Die Informationsgewährung auf Antrag .....	251
1. Geschädigte Antragsteller als Kläger .....	251
2. Informationsbetroffene Hersteller als Kläger .....	252
IV. Die Beurteilung der Beispielsfälle .....	253
1. Die Warnung vor EHEC .....	253
2. Die Information über Biomüsli .....	255
F. Verschulden .....	255
I. Der geltende Maßstab .....	255
II. Besonderheiten im Rahmen behördlicher Informationstätigkeit ...	257
1. Die an den „Durchschnittsbeamten“ zu stellenden Anforderun-	
gen .....	257
2. Verschulden bei umstrittenen Rechtsfragen .....	258
3. Das Organisationsverschulden .....	259
III. Beurteilung der Beispielsfälle .....	260
IV. Die Existenzberechtigung des Verschuldens Erfordernisses .....	261
G. Kein Ausschluss des Anspruchs .....	263
I. § 839 Abs. 1 S. 2 BGB .....	263
1. Die Subsidiaritätsklausel als Relikt der Vergangenheit .....	263
2. Anderweitige Ersatzmöglichkeiten geschädigter Adressaten ....	264
3. Anderweitige Ersatzmöglichkeiten geschädigter Hersteller ....	264
4. Keine uneingeschränkte Anwendung der Subsidiaritätsklausel ..	265
II. Der Vorrang des Primärrechtsschutzes, § 839 Abs. 3 BGB .....	267
1. Bedeutung und Voraussetzungen .....	267
2. Die Informationstätigkeit auf Antrag .....	268
3. Die aktive Informationstätigkeit .....	269
III. Mitverschulden des Geschädigten .....	270
IV. Die Bedeutung der Ausschlussgründe für die Beispielsfälle .....	271
1. Die Warnung vor EHEC .....	271
2. Die Information über Biomüsli .....	271
H. Ersatzfähiger Schaden, Verjährung und haftende Körperschaft .....	272

J. Zusammenfassung .....	273
<b>§ 8 Weitere Institute des deutschen Staatshaftungsrechts .....</b>	<b>274</b>
A. Der Anspruch aus enteignungsgleichem/enteignendem Eingriff .....	274
I. Voraussetzungen .....	274
II. Die Relevanz für behördliche Informationstätigkeit .....	276
1. Das eingeschränkte Anwendungsfeld der Ansprüche .....	276
2. Die Erfolgsaussichten .....	276
a) Der enteignungsgleiche Eingriff .....	276
b) Der enteignende Eingriff .....	277
B. Der Aufopferungsanspruch .....	278
I. Voraussetzungen .....	278
II. Die Relevanz für behördliche Informationstätigkeit .....	280
1. Unmittelbarkeit .....	280
a) Bei behördlicher Aufforderung zu bestimmten Verhaltensweisen .....	280
b) Bei Unterlassen einer Information .....	281
2. Die weiteren Voraussetzungen des Anspruchs .....	282
III. Erstreckung auf Art. 12 Abs. 1 GG? .....	283
C. Der Folgenbeseitigungsanspruch .....	284
I. Bedeutung und Zielrichtung .....	284
1. Widerruf und Richtigstellung behördlicher Informationen .....	284
2. Keine Beschränkung auf unwahre Tatsachenbehauptungen .....	286
II. Vorrang spezialgesetzlicher Ansprüche auf Richtigstellung .....	286
1. Die bestehenden Regelungen .....	286
2. Die Schutzfunktion des Antragserfordernisses .....	287
III. Der allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch .....	288
D. Der öffentlich-rechtliche Unterlassungsanspruch .....	289
E. Zusammenfassung .....	290

#### *Vierter Teil*

<b>Die unionsrechtliche Haftungsdimension</b>	<b>292</b>
<b>§ 9 Die Haftung Deutschlands bei Verstößen gegen Unionsrecht .....</b>	<b>292</b>
A. Unionsrechtliche Überformung des Staatshaftungsrechts .....	292
B. Die Herleitung eines Haftungsanspruchs .....	292
C. Die Voraussetzungen des Anspruchs .....	293
D. Relevanz für das behördliche Informationshandeln .....	296
E. Die denkbaren Haftungskonstellationen .....	296
I. Anwendung einer unionsrechtswidrigen nationalen Rechtsnorm ...	296
II. Fehlerhafte Anwendung von Verordnungen .....	297

1. Verstöße gegen Art. 10 Basis-VO als Auslöser einer Haftung ...	297
2. Die Anforderungen an die Qualifiziertheit des Verstoßes .....	297
a) Verstöße gegen das „Ob“ der Veröffentlichung .....	297
b) Verstöße gegen das „Wie“ der Veröffentlichung .....	298
III. Fehlerhafte Anwendung ordnungsgemäß umgesetzter Richtlinien ..	299
1. Die Pflicht zu richtlinienkonformer Auslegung .....	299
2. Konsequenzen für die Haftung .....	300
a) Die Identität des behördlichen Pflichtenprogramms nach eu- ropäischem Sekundär- und nationalem Umsetzungsrecht ...	300
b) Die hinreichende Qualifiziertheit als Crux des Anspruchs ..	301
aa) Aktive Informationsverbreitung gem. UIG und ProdSG ..	301
bb) Die Informationsgewährung auf Antrag gem. § 3 Abs. 1 UIG .....	302
IV. Der Verstoß gegen primäres Unionsrecht .....	303
1. Art. 34 AEUV als Prüfungsmaßstab .....	303
a) Das Verhältnis zu harmonisierendem Sekundärrecht .....	303
b) Informationen auf Basis von § 40 LFGB als Verstoß .....	305
aa) Maßnahme gleicher Wirkung nach <i>Dassonville</i> .....	305
bb) Ausnahme entsprechend der <i>Keck</i> -Rechtsprechung? ....	306
c) Rechtfertigung des Verstoßes .....	307
aa) Die Möglichkeiten der Rechtfertigung .....	307
bb) Die hinreichende Qualifiziertheit des Verstoßes als Aus- nahmefall .....	308
2. Verstoß gegen Unionsgrundrechte als Bezugspunkt der Haf- tung? .....	309
F. Zusammenfassung .....	310
<b>§ 10 Die Haftung der Europäischen Union .....</b>	<b>310</b>
A. Art. 340 Abs. 2 AEUV als Haftungsgrundlage .....	310
B. Schnellwarnsysteme als möglicher Anwendungsfall einer Haftung .....	311
I. Das Schnellwarnsystem für Lebensmittel – RASFF .....	311
II. Das Schnellwarnsystem im Produktsicherheitsrecht – RAPEX ....	313
III. Die Haftung der Kommission im Rahmen von RASFF und RAPEX	314
1. Haftung aufgrund rechtswidriger Weiterleitung .....	314
a) Keine umfassende materielle Prüfpflicht der Kommission ..	314
b) Keine Zurechnungsverantwortung der Kommission .....	315
c) Rechtsschutzlücken im Rahmen der Schnellwarnsysteme ...	316
2. Haftung aufgrund des Unterlassens einer Weiterleitung .....	317
IV. Die Haftung der efsa im Rahmen von RASFF .....	317
C. Die Haftung für Veröffentlichungen der EU-Organe selbst .....	318

I.	Veröffentlichungen durch die Europäische Kommission .....	318
II.	Veröffentlichungen durch die efsa .....	319
D.	Zusammenfassung .....	320
<b>Schluss</b>		<b>321</b>
<b>§ 11</b>	<b>Schlussbetrachtung .....</b>	<b>321</b>
A.	Die Kritik am geltenden Staatshaftungsrecht .....	321
I.	Im Allgemeinen .....	321
II.	Im Speziellen .....	322
B.	Die Notwendigkeit eines flexiblen Haftungssystems .....	324
I.	Die Nachteile spezialgesetzlicher Regelungen .....	324
II.	Die Grundrechte als Nexus eines Haftungssystems .....	326
1.	Die möglichen Vorteile einer Neukonzeption .....	326
2.	Die grundrechtsgeleitete Interpretation als Alternative de lege lata .....	327
<b>§ 12</b>	<b>Zusammenfassende Thesen .....</b>	<b>328</b>
<b>Literatur</b>	<b>.....</b>	<b>335</b>
<b>Sachwortverzeichnis</b>	<b>.....</b>	<b>371</b>